

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0178

Verantwortlich: **Dez. 4**

Dienststelle: **Stadtkämmerei**

Zahlungsverpflichtungen von Bund und Land

Antrag: CDU

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	25.03.2025	29	Ö	Kenntnisnahme
Haupt- und Finanzausschuss	08.04.2025	8	Ö	Behandlung

Kurzfassung

Die Verwaltung wird eine interne Abfrage an sämtliche Dienststellen starten, um die wesentlichsten Aufgabenübertragungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung konkret zu ermitteln.

Gemeinsam mit einem anderen Stadtkreis werden aktuell rechtliche Schritte gegenüber Bund und Land ausgelotet.

Sobald konkrete Erkenntnisse vorliegen, wird die Verwaltung hierüber berichten.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen

Die Aufgaben einer Kommune sind höchst vielschichtig. Innerhalb der gemeindlichen Aufgaben (freiwilligen Aufgaben, Pflichtaufgaben mit und ohne Weisung) sind verschiedene staatliche Aufgaben (der unteren Verwaltungsbehörde, Bundesauftragsangelegenheiten) enthalten. Übertragene Aufgaben sind unter Berücksichtigung des sogenannten Konnexitätsprinzips „wer bestellt, der bezahlt“ vom Auftraggeber zu finanzieren.

In der Praxis wird der Grundsatz in einem immer geringeren Maße nachgekommen (z.B. Flüchtlingsfinanzierung).

Grundsätzlich wird die Übertragung staatlicher Aufgaben durch Bund und Land nicht transparent dokumentiert. Diese nehmen für sich in Anspruch, dass ihre Konnexitätspflicht durch die kommunalen Steueranteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie den Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich und aufgabenbezogenen Ertragsmöglichkeiten teilweise abgegolten sind. Darüber hinaus gehen Bund und Land davon aus, dass ein Eigenanteil auch durch die Kommunen selbst zu finanzieren ist. In den wenigsten Fällen gibt es aufgrund der „Verwaltungsvereinfachung“ eine konkrete aufgabenbezogene Gegenfinanzierung. Unbefriedigend ist ebenfalls, dass die Kommunen als 'förderale Institution' des Landes bei Aufgabenübertragungen durch den Bund nicht mit am Verhandlungstisch sitzen, sondern durch das Land vertreten werden. Bei der Weitergabe von Landes- und Bundesaufgaben werden vom Land nur die kommunalen Landesverbände als Vertretung der kommunalen Seite direkt einbezogen. Die Abstimmung zwischen kommunalen Landesverbänden und den einzelnen Kommunen ist in der Regel nur innerhalb eines engen zeitlichen Rahmens möglich, der selten durch die Kommunen einhaltbar ist. Dabei wird hauptsächlich auf die fachlich-inhaltliche Seite (Umsetzungsnotwendigkeiten) eingegangen und die finanziellen Auswirkungen eher nachrangig betrachtet.

Als konkreten Schritt wird die Verwaltung eine stadtinterne Abfrage an sämtliche Dienststellen starten, um die wesentlichsten Aufgabenübertragungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung konkret zu ermitteln.

Mit der akuten Finanzsituation ist Karlsruhe nicht allein konfrontiert. Sämtliche Stadtkreise leiden unter dieser intransparenten und nicht auskömmlichen Finanzierungsstruktur. Aus diesem Grund wird bereits geprüft, ob gemeinsam mit anderen Stadtkreisen rechtliche Schritte gegenüber Bund und Land gegangen werden können.

Sobald konkrete Erkenntnisse vorliegen, wird die Verwaltung hierüber berichten.